

Museen und Gedenkstätten
zur Erinnerung an die Opfer der
kommunistischen Diktaturen

Herausgegeben von Anna Kaminsky
im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.
Erarbeitet von Anna Kaminsky, Ruth Gleinig und Lena Ens.

Sandstein Verlag, Dresden



Denkmal zur Erinnerung an
die Kerzendemonstration
am 25. März 1988
in Bratislava



BRATISLAVA



Slowakei

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde am 28. Oktober 1918 die Tschechoslowakei gegründet. Diese bestand aus dem vormals zum österreichischen Landesteil Österreich-Ungarns gehörenden Böhmen sowie der zum ungarischen Landesteil der Monarchie gehörenden Slowakei. Im neu gegründeten Staat Tschechoslowakei lebten nicht nur Tschechen und Slowaken, sondern auch Ungarn und Deutsche als Minderheiten. Unter der slowakischen Bevölkerung verstärkte sich ab Anfang der 1930er Jahre die Unzufriedenheit mit der politischen und ökonomischen Situation. Nationale Bestrebungen und Forderungen nach größerer Autonomie nahmen zu. Nach dem Münchner Abkommen von 1938, in dem durch das Deutsche Reich, Großbritannien, Frankreich und Italien die Abtretung des zur Tschechoslowakei gehörenden, aber mehrheitlich von Deutschen bewohnten Sudetengebiets an das Deutsche Reich beschlossen wurde, marschierte die deutsche Wehrmacht am 1. Oktober 1938 in das Sudetengebiet ein und gliederte es dem Deutschen Reich an. Damit begann die Zerschlagung der Tschechoslowakei, da auch andere Länder wie Polen oder Ungarn ihrerseits Gebiete der Tschechoslowakei besetzten. Am 15. März 1939 okkupierte die Wehrmacht unter Bruch des Münchner Abkommens die der Tschechoslowakei verbliebenen Gebiete. Böhmen und Mähren wurden als Protektorat unter deutsche Verwaltung gestellt. Die Slowakische Republik erklärte sich auf deutschen Druck hin am 14. März 1939 für unabhängig. Die neue Regierung unter Jozef Tiso von der Slowakischen Volkspartei schloss mit Deutschland einen »Schutzvertrag« ab und entging damit – im Unterschied zum tschechischen Landesteil – einer Besetzung durch die deutschen Truppen.

Die Slowakische Republik verfügte nur über geringe staatliche Autonomie und galt als Vasallenstaat von Hitlers Gnaden. Schon früh wurde sie in Kriegshandlungen des Zweiten Weltkriegs verstrickt. So kam es bereits im März 1939 zu einem Angriff ungarischer Truppen auf slowakische Gebiete, die nach Waffenstillstandsverhandlungen Anfang April 1939 an Ungarn angeschlossen wurden. Nach dem Überfall Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 beteiligten sich slowakische Verbände »als erster Verbündeter Deutschlands« am Krieg. Ab 1941 nahmen slowakische Einheiten auch an den Kampfhandlungen gegen die Sowjetunion teil. Während slowakische Roma weitgehend unbehelligt vom nationalsozialistischen Rassenwahn blieben, wurden die slowakischen Juden erfasst und in Konzentrationslager nach Deutschland deportiert. 1942 wurde die Übergabe der slowakischen Juden an Deutschland nach Protesten der katholischen und der protestantischen Kirche sowie aus dem Vatikan unterbrochen. Nach der Besetzung des Landes durch die Wehrmacht im August 1944 und der endgültigen Niederschlagung des slowakischen Nationalaufstands nahm man die Deportationen erneut auf. Über 75 000 slowakische Juden wurden ermordet.

Als sich im Laufe des Krieges immer deutlicher eine Niederlage Deutschlands und seiner Verbündeten abzeichnete und die Rote Armee weiter nach Westen vorrückte, wandten sich immer mehr ehemalige Verbündete gegen das Deutsche Reich. Ende August 1944 brach in der Slowakei ein bewaffneter Aufstand aus, an dem sich große Teile der Bevölkerung beteiligten. Ziel dieses Aufstands war es, das mit dem »Dritten Reich« verbündete klerikal-nationalistische Marionettenregime in Bratislava zu stürzen. Die deutschen Truppen schlugen den Aufstand nieder und entwaffneten die slowakischen Verbände. Im Frühjahr 1945 besetzte die Rote Armee schließlich das Land. Die Slowakische Republik wurde erneut Teil der wieder errichteten Tschechoslowakei, musste aber das Gebiet der Karpatenukraine an die Sowjetunion abtreten. Nach dem kommunistischen Putsch 1948 in Prag verloren die Slowaken endgültig ihre autonomen Rechte, die bereits

seit 1946 stark beschnitten worden waren. Die Slowakei wurde der Zentralmacht in Prag unterstellt, welche nun die Kommunistische Partei ausübte. Die Verfolgungen und politischen Säuberungen richteten sich gegen alle, die als Gegner der neuen Macht galten. Dazu zählten slowakische Nationalisten ebenso wie bürgerliche Politiker und Intellektuelle oder Vertreter des Klerus sowie Angehörige des militärischen Widerstands von 1944. Bis Mitte der 1950er Jahre wurden etwa 250 Menschen aus politischen Gründen hingerichtet. Etwa 70 000 Slowaken inhaftierte man aus politischen Gründen. Tausende Menschen wurden auch ohne Urteile in die Zwangsarbeitslager im Uranbergbau verschleppt. Gegen die kommunistische Herrschaft gab es in der Tschechoslowakei bis in die 1950er Jahre hinein vereinzelte, auch bewaffnete Widerstandsaktionen. Begleitet wurde die politische Repression von Enteignungen. Vor der Verfolgung und Unterdrückung im Land flohen Tausende nach Österreich. Etwa 450 Menschen verloren zwischen 1948 und 1989 bei Fluchtversuchen ihr Leben. Diejenigen, die man auf der Flucht fasste, kamen für Jahre ins Gefängnis. 1968 wurde in der Folge des Reformprozesses, zu dem vor allem auch die Forderung nach Föderalisierung des zentralistischen Staates gehörte, die Tschechoslowakei und die Hauptstadt Prag von Truppen des Warschauer Vertrags besetzt. Bei den Kämpfen verloren 180 Menschen ihr Leben und Hunderte erlitten Verletzungen. Wiederum versuchten Tausende, ins Ausland zu fliehen. Kritische Intellektuelle erhielten Berufsverbot. Widerständige Jugendliche brachte man in Spezialheimen unter. Familienangehörige und Kinder von sogenannten Klassenfeinden erhielten Berufsverbot oder durften nicht studieren. Die Bevölkerung wurde von der Staatssicherheit überwacht und mit einem dichten Netz an Spitzeln durchsetzt. Schätzungen zufolge verließen zwischen 1948 und 1989 mindestens 170 000 Menschen das Land; andere Schätzungen gehen davon aus, dass allein zwischen 1968 und 1989 über 250 000 Menschen aus der Tschechoslowakei flohen. Es sind jedoch Fälle aus den 1950er Jahren bekannt, in denen die tschechoslowakische Geheimpolizei Flüchtlinge kidnappte und wieder in die ČSSR zurückbrachte, wo sie nach ihrer Verurteilung in Lagern und Gefängnissen verschwanden.

Während der gesamten Dauer der kommunistischen Herrschaft kam es immer wieder zu Widerstandsaktionen und zivilem Ungehorsam. Im slowakischen Landesteil waren es Anfang der 1970er Jahre vor allem Künstler und Schriftsteller, die sich oppositionell engagierten, wie zum Beispiel in den Gruppen »DG« (Degenerierte Generation) oder »Safran«. 1977 wurde von einigen wenigen Bürgerrechtlern die Charta 77 gegründet, die in der gesamten Tschechoslowakei gegen die Menschenrechtsverletzungen protestierte. Auslöser für die Gründung der Gruppe war die Verhaftung der Bandmitglieder der »Plastic People of the Universe« nach einem Konzert im Februar 1976. Die Protestaktionen setzten sich in den folgenden Jahren fort. Mitglieder der Charta wurden verhaftet und aus den Städten verbannt. Den Protest gegen das Regime konnten die Repressionen jedoch nicht mehr eindämmen. Eine Besonderheit des slowakischen Landesteils war, dass hier die antikommunistische Opposition stärker christlich (katholisch) geprägt war als in Tschechien. So bestand eine vom Vatikan anerkannte Kirche im Untergrund, die neben zahlreichen katholischen Gruppen das gesellschaftliche Leben mitorganisierte, unabhängige Schriften herausgab oder Petitionen zur Einhaltung der Menschenrechte unterstützte. Auch Vertreter der ungarischen Minderheit wirkten in der slowakischen Opposition mit bzw. hielten Kontakt über die Grenze zum Widerstand in Ungarn. Nach dem Machtantritt Gorbatschows in der Sowjetunion 1985 und seiner Politik von Glasnost und Perestroika kam es überall zu einer Stärkung und Ausbreitung von oppositionellen Aktionen. Vielfach unterstützten die Kirchen die Proteste. Katholische Dissidenten

organisierten die Demonstrationen. So beteiligten sich am 25. März 1988 in Bratislava Tausende Menschen an der sogenannten Kerzendemonstration, bei der vor allem Religionsfreiheit gefordert wurde. Kaum ein Jahr später kam es zwischen dem 15. und dem 20. Januar 1989 aus Anlass des 20. Todestags von Jan Palach, der sich im Januar 1969 aus Protest gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings selbst verbrannt hatte, zu weiteren Unruhen. Die Polizei ging brutal gegen die Demonstranten vor. Führende Oppositionelle und Dissidenten wie Václav Havel wurden verhaftet. Im November 1989 kam es in vielen Städten zu offenen Protesten. Hunderttausende Menschen demonstrierten gegen die kommunistische Herrschaft und für eine Demokratisierung des Landes. Am 16. November 1989 gab es eine erste kleine Demonstration von etwa 300 Studenten in Bratislava. Nachdem am 17. November 1989 Zehntausende Menschen auf dem Prager Wenzelsplatz friedlich demonstriert hatten, verstärkten sich auch die Proteste in der slowakischen Hauptstadt Bratislava; am 25. November waren es 100 000 Menschen. Als Gerüchte aufkamen, dass bei der Demonstration am 17. November in Prag ein Student zu Tode gekommen war, eskalierte die Situation. Im ganzen Land kam es zu Streiks und Protesten. Universitäten und Theater wurden besetzt und der Rücktritt der Regierung und die Demokratisierung des Landes gefordert. Nach dem erzwungenen Rücktritt der kommunistischen Regierung nahmen die von Václav Havel angeführte Protestbewegung und Vertreter der Kommunistischen Partei Verhandlungen auf, in deren Folge im Dezember 1989 eine aus Kommunisten und Vertretern der Protestbewegung gebildete Regierung entstand. Václav Havel wählte man zum Präsidenten. Die führende Rolle der Kommunistischen Partei wurde aus der Verfassung gestrichen. Im Frühjahr 1990 wurde die Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ČSSR) in die Tschechische und Slowakische Föderative Republik (ČSFR) umbenannt. Die Kommunistische Partei der Slowakei (KPS), die nach dem Auseinanderfallen der ČSR 1939 gegründet worden war und zwischen 1945 und 1989 als territoriale Filiale der KPČ fungierte, benannte sich 1990 in Partei der demokratischen Linken um. 1991 traten die orthodoxen Kommunisten aus dieser wiederum aus und gründeten erneut die Kommunistische Partei der Slowakei. Bereits im Juni 1990 fanden die ersten freien Wahlen in der Slowakei statt, aus denen die antikommunistische VPN, das slowakische »Bürgerforum«, mit fast 30 Prozent der Stimmen als Siegerin hervorging. Wegen der friedlichen Form der Proteste erhielt die Revolution den Namen »Samtene Revolution«. Am 25. November 1992 beschloss die Bundesversammlung die Auflösung der ČSFR und die Bildung zweier unabhängiger Staaten. Die Slowakei erhielt ab 1. Januar 1993 ihre Souveränität.

Die Aufarbeitung der kommunistischen Herrschaft setzte unmittelbar nach der Samtenen Revolution ein. 1990 verabschiedete man ein erstes Rehabilitierungsgesetz und gewährte Entschädigungsleistungen für politisch Verfolgte. Dazu gehörte nicht nur die Entschädigung für erlittene Haftzeiten, sondern auch die Rückerstattung bzw. der Ausgleich für enteignete Vermögenswerte. Bereits im Mai 1991 verurteilte das Parlament die kommunistische Herrschaft offiziell als verbrecherisch, was 1993 sowie 1996 die nun unabhängige Slowakei in verschiedenen Gesetzen, in denen die kommunistische Herrschaft für illegal erklärt wurde, bestätigte. Gleichzeitig wurde der Widerstand gegen die kommunistische Herrschaft als legitim und ehrenhaft klassifiziert. Eine kollektive Verurteilung der kommunistischen Führung unterblieb, vielmehr fokussierte man sich auf die Ermittlung persönlicher und individueller Schuld. 2011 wurde die Rechtfertigung oder Verharmlosung kommunistischer Verbrechen unter Strafe gestellt. Bereits 1991 wurde noch in der Tschechoslowakei ein erstes Lustrationsgesetz verabschiedet, das eine Überprüfung für bestimmte Positionen in öffentlichen Einrichtungen und Ministerien vorsieht. Nach der Auflösung der

Tschechoslowakei und der Gründung der Slowakei als eigenständiger Staat lief das Gesetz 1996 aus und wurde nicht mehr erneuert. Wegen der ausgesetzten Überprüfungen verblieben viele bereits während der kommunistischen Herrschaft in der Justiz arbeitenden Richter und Staatsanwälte auf ihren Posten. Die Strafverfolgung gegen Täter und Verantwortliche der kommunistischen Herrschaft war unbefriedigend; bisher gab es kaum Verurteilungen wegen der kommunistischen Verbrechen. Zwar wurden der ehemalige Vorsitzende der Kommunistischen Partei und der Chef der Geheimpolizei angeklagt, die Verfahren verliefen allerdings im Sande. Beklagt wurde zudem, dass Angeklagte zwar das Anrecht auf einen bezahlten Verteidiger haben, die damaligen politischen Verfolgten ihre Klagevertreter jedoch selbst bezahlen müssen. Prozesse gegen einstige Verantwortliche werden verschleppt und oftmals sterben die ehemaligen politisch Verfolgten, bevor ein Verfahren eröffnet wird. Zwar gab es Versuche, Prozesse gegen einstige Grenzsoldaten wegen der Tötung von Flüchtlingen an der Grenze anzustrengen. Diese wurden jedoch unter Verweis darauf, dass die Soldaten nach damaligem Recht rechtmäßig gehandelt hätten, abgewiesen.

2002 wurde das Institut für das Nationale Gedächtnis gegründet. Dessen Aufgabe ist es, die Verbrechen zu dokumentieren und zu untersuchen und ggf. Anklage zu erheben. In diesem Institut befinden sich auch die Akten der Geheimpolizei, die grundsätzlich zur Einsichtnahme für alle zur Verfügung stehen.

Literaturhinweise Slowakei:

Gyarfášová, Soňa: Case Study on Slovakia.
In: Honoring Civil Courage. Developing Suggestions to Improve the Situation of Victims of Communist State Crimes. Project Coordinator: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen 2015, Ref. Nr.: JUST/2011/JPEN/AG/2998. Online abrufbar unter: www.stiftung-hsh.de/assets/Dokumente-pdf-Dateien/EU-Projekt-Laenderstudien.pdf (letzter Zugriff: 1.12.2017). /
Katholisches Magazin für Kirche und Kultur: »Stille Helden« – Museum der Verbrechen und Opfer des Kommunismus in Preßburg eröffnet. 2012. Online abrufbar unter: www.bit.ly/2kfMkof (letzter Zugriff: 1.12.2017). /
Marušiak, Jura / Kmeľ, Norbert: Geschichte der slowakischen Opposition. In: Biografisches Lexikon Widerstand und Opposition im Kommunismus 1945 – 91. Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur 2015. Online abrufbar unter: www.dissidenten.eu/fileadmin/user_upload/Slowakei/Oppositionsgeschichte/dissidenten_eu-Slowakische-Oppositionsgeschichte.pdf (letzter Zugriff: 15.2.2018).

Impressum

© 2018 Sandstein Verlag, Dresden und Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herausgegeben von Anna Kaminsky
im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur
Kronenstraße 5
10117 Berlin
www.bundesstiftung-aufarbeitung.de
buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de

Fachlektorat
Maria Matschuk

Lektorat
Sina Volk, Sandstein Verlag

Satz und Reprografie
Jana Felbrich, Jana Neumann, Sandstein Verlag

Gestaltung
Jana Felbrich, Sandstein Verlag

Druck und Verarbeitung
FINIDR, s. r. o.
Český Těšín

Titelmotiv
Mahnmal für die Opfer der Hungerkatastrophe
in Kasachstan (© Jens Schöne)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.sandstein-verlag.de
ISBN 978-3-95498-390-2